

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 1 mal, Sonn- abends mit der „Volkswacht“...

Volkswacht

für Schlesien und Posen.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis: 10 Pf. für die erste Spalte, 8 Pf. für die zweite...

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1200. Postfach-Nr. 2252.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3141. Postfach-Nr. 2252.

Nr. 148.

Breslau, Montag, den 7. Juli 1919.

30. Jahrgang.

Die polnischen Sozialisten.

Und die polnischen Sozialisten?

Die herrschenden Klassen unserer Volksgenossen in Oberschlesien, West- und Ostpreußen verhalten sich wirkungslos. Durch das Machtwort der Entente werden sie vom deutschen Kulturkreis losgerissen...

Wird Polen Monarchie oder Republik? Wird dort eine Schlagschleife unter dem Beistand der Feinde Deutschlands wüten oder wird ein demokratisches Regime kommen? Auch wenn letzteres der Fall sein sollte, wird die Lage der verachteten Deutschen noch trübe genug sein.

Dies alles ist der Bevölkerung der gefährdeten Provinzen nur zu gut bekannt. Hoff durch nackte Gewalt werden sie Polen erhalten werden können. Ihre Verachtung an das Land ihrer Abneigung kann nur unter Ver- gewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geschehen.

Während der Friedensverhandlungen hatte bekanntlich jeder der kleineren Kaufmannsstände eine Spitze von nationalistischer Schnorrern, Bettlern und Demagogen, offiziell Friedensdelegation genannt, in die Vorzimmer des Biererrates gesandt.

lages schon vollbracht hat und was sie noch zu tun gedenkt. Polen sei zur Stunde, so gibt der Abgeordnete Liebermann durch die „Humanite“ bekannt, ein Land ohne Grenzen und ohne Verfassung.

Unsere Sanftmütigkeit war, darüber zu wachen, daß die Polen zugewiesenen Grenzen gerecht sind. Durch die Propaganda gewisser Interessenten ist im Ausland der angebliche polnische Imperialismus stark übertrieben worden.

Die Erklärungen des polnischen Abgeordneten hätten Eindruck machen können, wären sie von einigen Tatsachen unterstützt. Wenn er klipp und klar gesagt hätte, was die sozialistische Fraktion gegen den imperialistischen Raubzug Polens auf deutsches Gebiet getan hat.

In Oberschlesien sind es bloß die Kapitalisten, die deutsch sind. Zu dem nationalen Problem fügt sich demnach in diesen Gebieten das Problem des Klassenkampfes.

Daß alle deutschen Bewohner Oberschlesiens nichts als Kapitalisten sind und daß dort die arbeitenden Schichten einhellig nach Polen rufen, das ist tatsächlich neu.

Noch viel einfacher liegt die Sache mit West- und Ostpreußen. Hier wird selbst der blindwütigste polnische Imperialist nicht zu behaupten wagen, alles, was dort an Deutschen wohne, sei Kapitalist, oder alle unteren Schichten sehnten sich nach Polen.

Der Friedensschluß.

Paris, 6. Juli. Der neue Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat Freiherr von Lersner, übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende weitere Note:

Die deutsche Regierung nimmt an, daß der Friedensvertrag selbst, nicht dagegen das Protokoll und die Vereinbarung über die besetzten Gebiete zu ratifizieren sind.

Sollten die alliierten und assoziierten Regierungen auch Ratifikation des Protokolls und der Vereinbarung beschließen, so würde dies auch beiderseits geschehen.

Paris, 6. Juli. Die internationalisierte Kommission für die Durchführung des Friedensvertrages wählte in ihrer gestrigen konstituierenden Versammlung Andrej Tardieu zum Vorsitzenden.

Hindenburg an Foch.

Koblenz, 5. Juli. Offener und handschriftlicher Brief des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Marschall Foch.

Großes Hauptquartier Koblenz, 3. Juli 1919. Herr Marschall!

Der Krieg ist beendet! Das deutsche Volk ist entschlossen, die schweren Reibungen, die ihm durch den Frieden auferlegt wurden, auf sich zu nehmen. Auch die Armeen, an der Spitze ihrer Offiziere, sind bereit, für die ehrliebe Erfüllung dieses Friedensfehdes, auch das härteste, persönliche Opfer zu bringen, sofern ihre Ehre hierbei nicht Schaden leidet.

Genehmigen Sie, Herr Marschall, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Die Liste der Verdammten.

Amsterdam, 5. Juli. Die britische Admiralität hat eine Liste von 71 deutschen Marine- und anderen Offizieren, darunter viele Unterseeboots-Kommandanten, eingereicht, die besonders barbarischer Taten beschuldigt werden.

Ueber 180 Milliarden Mark.

Amsterdam, 4. Juli. Die „Times“ meldet aus Paris: Die Kommission zur Feststellung der Schadensersatzansprüche an Deutschland hat am 2. Juli einen vorläufigen Bericht an die Alliierten-Legationen erstattet, der mit 182 Milliarden Mark...

Dank des Kriegsministers an Hindenburg.

Berlin, 6. Juli. Vor der Abreise des Generalfeldmarschalls von Hindenburg von Koblenz, die am 3. Juli, abends, unter militärischen Ehrenbegleitungen und unter lebhaftester Anteilnahme einer dichtgedrängten Menge erfolgte, hatte, wie die Deutsche Allg. Ztg. schreibt, der in Weimar befindliche Kriegsminister durch einen Stabs-offizier seines Stabes nachfolgendes Schreiben dem Generalfeldmarschall übergeben lassen:

Hochgelebter Herr Generalfeldmarschall! Das beigefügte Dienstschreiben mit der Aufhebung der Mobilmachungsbestimmung Eurer Exzellenz beehre ich mich im Namen der preussischen Armee zu befehlen mit der Versicherung des unaussprechlichen Dankes, den wir dem bewunderten Feldherrn, dem vielverehrten und vielgeliebten Soldaten, dem einzigartig treuen deutschen Mannes aus bestem Herzen entgegenbringen.

Wenn endlich einmal wieder aus den jähigen dunklen Wäldern die Sonne hervorbrechen mag, dann wird sie die Gestalten des deutschen Volkes und Heeres heller und klarer wiedererkennen lassen, und dann werden auch die Führer den kommenden Geschlechtern als Vorbilder leuchten, an ihrer Spitze: unser Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Euer Exzellenz gehorsam ergebener gez. W. Reinhardt, Oberst und preussischer Kriegsminister.

Die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Die Pariser „Humanite“ bringt die Meldung, daß die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen im Aufbaugebiet eingeleitet worden sei.

Im Saargebiet und in der Lothpfaß sind inzwischen wieder weitere Züge mit deutschen Kriegsgefangenen eingetroffen, die dort freigesetzt sind.

Abbruch des Frankfurter Eisenbahnerstreiks.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Eine große Versammlung der streikenden Eisenbahner beschloß heute nachmittag den Streik abzu brechen und nahm dazu auf Grund der von den Vertrauensleuten der verschiedenen Vorversammlungen gefaßten Beschlüsse eine Resolution an, worin es heißt: Der Abbruch des Streiks wird empfohlen.

Der Hungeraufstand in Italien.

Bern, 5. Juli. Abanti meldet aus Florenz: Die Arbeiterchaft ist herein bei Lage. Samstags von der Menge mit Gewalt beschlagnahmen Lebensmittel werden zu dem von der Arbeitskammer festgesetzten Preisen abgegeben.

die Teuerung dadurch zuvorkommen, daß sie...
Lugano, 6. Juli. Die revolutionäre Bewegung wegen der Lebensmittelerhöhung greift in ganz Mittelitalien immer mehr um sich und nimmt einen ungebrochenen Schwelger an. Der „Avanti“ schreibt an, daß die sozialistische Parteileitung baldigst zusammenzutreten werde, um entscheidende Beschlüsse zu fassen. Der Anführer sagt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Ereignisse im Süden ihrer verhängnisvollen Entwicklung entgegen zu sein.

Der Eisenbahnerstreik in Hannover.

Hannover, 6. Juli. Zur Streiklage erfährt das W. F. B., daß diese sich gegen gestern nicht verändert hat. Die Lage nach und von Berlin werden über Geschäfts-Veranstaltungen berichtet, da die Strecke über die von den Streikenden gekürzt ist. Die Züge nach Hamburg gehen über Soltau. In einer von der Streikleitung heute vormittag nach der Stadthalle einberufenen, von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, nach der morgen abend 7 Uhr Verhandlungen angeknüpft werden sollen zwischen den Streikenden, der Eisenbahndirektion, dem Schlichtungsausschuß, Vertretern des Magistrats von Hannover und Linden und Vertretern des Gewerkschaftsverbandes.

Schiedspruch im Bankgewerbe.

In Reichsarbeitsministerium ist am Sonnabend über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für das Bankgewerbe gefaßt worden, vor den die streikenden Parteien die Streitpunkte gebracht hatten. Der Vorsitz führte im Auftrag des Ministeriums Landgerichtsrat Dr. Bülff. Der Vorsitzende empfahl beiden Parteien die Annahme des Schiedspruches, der sich auf der mittleren Linie behelge. Der Schiedspruch regelt, wie Berliner Blätter melden, die Verhältnisse im Bankgewerbe zunächst bis zum 30. Juni 1920. Die Parteien müssen sich bis zum 11. Juli 12 Uhr mit dem Reichsarbeitsministerium, zu Händen des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, schriftlich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erklären. Besonders sorgfältig ist im Schiedspruch die Regelung der Gehaltsfragen behandelt. Es sollen Abfindungskäufe mit kaufmännischer Vorbildung im 20. Lebensjahr ein Mindesteinkommen von 3000 M. erhalten, das im 50. auf 7000 M. steigt. In derselben Zeit soll das Gehalt der Bankbeamten mit selbständiger Tätigkeit von 3500 auf 8500 M. steigen. Bankbeamte in gehobener Stellung sollen im 23. Lebensjahr 4000 M. verdienen und im 50. 9500 M. erhalten haben. Bankbeamte ohne kaufmännische Vorbildung beginnen mit 3200 M. und steigen bis auf 6500 M. Entsprechend sind auch die Bezüge der ungelerten Bankangestellten, Kassabehilfen, Portiers usw., der Bureaubedienten und des weiblichen Bankpersonals geregelt. Bei den weib-

lichen Angehörigen ist das Gehalt nach den Dienstjahren gestaffelt. Weiter ist u. a. das Beurlaubungsrecht und die Urlaubfrage Gegenstand des Schiedspruches.

Güterbahnhof Webra brennt.

Webra, 6. Juli. Seit 1/2 Uhr nachmittag brennt die einige hundert Meter lange Güterhalle des Hauptbahnhofes Webra lichterloh, mit ihr mehr als 100 Eisenbahnwagen. Fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter, wie Natrium und benzolhaltige Güter, wie Natrium und benzolhaltige Güter. Der ungünstige Wind treibt die Funken dem Personenbahnhof zu und gefährdet auch diesen. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt.

Die Krisengerüchte.

Mit Bezug auf die Mitteilung, ein Schulkompromiß sei zwischen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung abgeschlossen, teilt das Wolffbüreau mit, daß ein Kompromiß zwischen den beiden genannten Parteien nicht abgeschlossen worden ist. Es schwebt zwischen den Parteien der Nationalversammlung Verhandlungen sowohl über die noch offenen Schulfragen wie über andere unklare Fragen auf dem Gebiete des Verfassungsentwurfes.

Das Geld der Kommunisten.

Berlin, 6. Juli. Die aufreizenden Plakate der Kommunisten, die während des Eisenbahnerstreiks verbreitet worden sind, wurden, wie mehrere Blätter berichten, zahlreich beschlagnahmt. Ferner wurden Schriftstücke ausgefunden, die erkennen lassen, wieviel die Kommunisten für die Vorbereitung des Streiks ausgegeben haben. Aus Briefschaften und Belegen wurde festgestellt, daß allein 600 000 Mark hierfür aus ungarischen Quellen flossen.

Deutsche National-Versammlung.

Weimar, 6. Juli, 2 Uhr. Am Regierungstische: Dr. Preuß. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung nach 2,15 Uhr. Eingegangen ist der Gesandtschaftsbericht über die Ratifikation des Friedensvertrages. Das Anbieten des verstorbenen Mitgliedes Starasson (Soz.) ehrt das Haus in der üblichen Weise. Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes wird fortgesetzt. Die Bestimmungen über das Amt des Reichspräsidenten werden entgegen dem Antrag der Unabhängigen auf Streichung angenommen. Bis auf Artikel 41, über den später namentlich abgestimmt wird. Nach dem Artikel 45 schließt der Reichspräsident Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten. Kriegs- und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziel des Ausschusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den Völkerbundstaaten der Zustimmung des Reichstages.

Abg. Dr. Heinze (D. Sp.) befragt über einen Antrag auf andere Formulierung. Das Verlangen eines Reichsgesetzes ist viel zu kompliziert und erfordert zu lange Zeit, daß eine Kriegserklärung vielleicht gemeinsam mit dem Friedensschluß erfolgen könnte. (Heiterkeit.) Es genügt, wenn für Kriegserklärungen einfach die Entscheidung des Reichstages erforderlich ist. Ferner können Bündnisse in Frage kommen, bei denen die fremden Staaten Geheimhaltung fordern. (Hört, hört! links.) Wir können auch Bündnisse nicht daran scheitern lassen, daß sie der Zustimmung des Reichstages bedürfen, wodurch sie öffentlich gemacht würden. Wie die Dinge jetzt liegen, muß endlich die Bestimmung über den Völkerbund getroffen werden. Ein Antrag Groeber (Fr.) will gleichfalls die Bestimmung über den Völkerbund streichen, ebenso ein Antrag der Unabhängigen. Abg. Cohn (U. Soz.): Der Antrag Heinze hat die Tendenz, die Kriegserklärung zu beschleunigen und zu erleichtern. Wir wollen das Gegenteil. Im übrigen beantragen wir, zu bestimmen, daß nicht nur Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsregierung beziehen, der Zustimmung des

Reichstages bedürfen sollen, sondern alle Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten überhaupt.

Abg. Dr. v. Delbrück (Deutschnat.): In so kritischen Tagen, wie sie dem Ausbruch eines Krieges vorausgehen würden, muß die Entscheidung des Reichstages geschnell. Der Vorschlag, betreffend den Völkerbund, muß im Interesse der Würde des deutschen Volkes gestrichen werden. Deutschland hat es nicht nötig, nachdem seine Aufnahme in den Völkerbund abgelehnt worden ist, bei Herr Clemenceau gewissermaßen seine Visitenkarte abzugeben. (Lebhaftes Bravo!)

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Entsprechend dem Antrag Groeber wird der Passus betr. den Völkerbund gestrichen. Somit bleibt Artikel 45 unverändert. Artikel 46: „Der Reichspräsident ernennet und entläßt die Reichsbeamten und Offiziere, er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht durch andere Beamte ausüben lassen.“ wird unverändert angenommen. Nach Artikel 47 hat der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches. Entgegen dem Antrag U. Soz. auf Streichung wird Artikel 47 unverändert angenommen. Artikel 48 bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder dem Reichsgesetze obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann es der Reichspräsident dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Artikel 48 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Hierauf wird die gestern ausgelesene Abstimmung über Artikel 41, Amt des Reichspräsidenten, nachgeholt.

Der Antrag wird abgelehnt. Entsprechend dem Antrag Siehr (Dem.) beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist: „Jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat“. Damit entfällt die Formulierung des Entwurfs, so nach der Gewählte mindestens 10 Jahre Deutsch sein soll, und ebenso der deutschnationale Antrag, daß der Gewählte als Deutscher geboren sein muß. Die Bestimmung des Entwurfs: „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.“ wird abgelehnt. Hierüber wird also eine reichsgesetzliche Bestimmung ergehen. (Inzwischen ist Ministerpräsident Bauer an Regierungstische erschienen.) Die gestern zurückgebliebene Abstimmung über Artikel 38: Zeugnisverweigerung der Abgeordneten, ergibt die Annahme in der gestern vom Abg. Ablaß (Dem.) befragten Formulierung.

Nach Artikel 19 kann der Reichspräsident bei Erklärung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unter Verantwortung des gesaueten Reichsministeriums mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten und die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen treffen, zu einem bestimmten Teile auch die Grundrechte außer Kraft setzen. Die Genehmigung des Reichstages ist einzuholen. Die Maßnahmen sind aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung versagt.

Die Unabhäng. Sozialdemokraten beantragen die Streichung des Artikels. Ein gemeinsamer Antrag der Abgg. Beyerle (Ztr.), von Delbrück (Deutschnat.), Haas (Dem.) und Heinze (D. Sp.) schlägt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident die „notigen Maßnahmen treffen und erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann“, sowie den Zusatz: „Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einseitige Maßnahmen treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.“

Hierzu beantragt Abg. Kagenstein (Soz.) hinter „auf Verlangen des Reichspräsidenten“ zu setzen „über des Reichstages“.

Abg. Dr. Beyerle (Ztr.): In dringenden Fällen müssen auch Maßnahmen von nachgeordneten Behörden und Landesregierungen getroffen werden können. Das bedingt ihre Verantwortlichkeit.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Artikel 49 würde einen Rechtszustand schaffen, der hinter dem von 1848 zurückbleiben würde. Dieser Artikel gibt der Willkür zu weiten Raum. Was könnte ein Präsident, der ein Trabant der Hohenzollern wäre, damit anrichten? Sogar Eigentum und Postgeheimnis werden dem Belieben des Reichspräsidenten unterworfen. So wird die Bestimmung zur schärfsten Ausprägung des

Willkürtaumes und eine Gefahr für das deutsche Volk.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Auch Herr Abg. Dr. Cohn könnte ohne den Belagerungszustand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde ein Bremen und München und an anderen Stellen hinreichend bewiesen. Selbst der Abg. Cohn kann nicht leugnen, daß die Regelung des Entwurfs ein ganz wesentlicher Fortschritt gegen früher ist. (Abg. Cohn: Auf dem Papier.) Der Abg. Cohn hat sich dann geradezu zum Verächter der Unantastbarkeit des Privatigentums aufgeschwiegen. (Heiterkeit.) Ich kann ihn darüber beruhigen, daß das Privatigentum nicht ohne Entschädigung angetastet werden wird. Ich glaube, daß nicht einmal Zeitungsdrukereien beschlagnahmt werden. Maschinengewehre, Handgranaten und ähnliches Privatigentum wird allerdings, im Augenblick wenigstens nicht, ob mit oder ohne Entschädigung, unschädlich gemacht. (Anbauernde Heiterkeit.) Die nähere Regelung des Belagerungszustandes wird durch ein Reichsgesetz, ich nehme an in ruhigeren Zeiten, erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns daran arbeiten würden, den Belagerungszustand überhaupt überflüssig zu machen. (Lebh. Zustimmung.)

Abg. Kagenstein (Soz.) beantragt, in dem Artikel 49 in der Wendung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die Worte „und Ordnung“ zu streichen.

Abg. Dr. von Delbrück (Deutschnat. Vpt.): Ich hätte nicht erwartet, daß jemand, wie die Unabhängigen es wollen, diesen Artikel zu streichen wünscht. Gewalttätige Entlassungen der Ordnung müssen eben durch Gewaltanwendung unterdrückt werden. Wenn Spartakus durch Raub, Mord, Plünderung die öffentliche Sicherheit stört, kann doch die Regierung nicht mit der Hand in der Tasche zusehen.

Abg. Cohn (U. Soz.): Es kann Zustände geben, wo die Möglichkeit bestehen muß, besondere Anordnungen zu treffen, die die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Aber hier will man diesen Zweck erreichen mit allen den Mitteln, die aus dem alten Belagerungszustandsgesetz übernommen sind, also eventuell auch mit Mitleid, die außerhalb der bestehenden Gesetze liegen. Im letzten Grunde handelt es sich für Sie (zu dem Soz.) doch nur darum, ihre Gewalt zu mißbrauchen zum Schutze ihrer Parteiregierung. Sie spielen sich seit November 1918 auf als die Hüter und Generalpäpste der wahren und einzigen Gerechtigkeit. Es tut not, daß Ihnen einmal die menschliche Larve abgerissen wird. (Lebh. Weisfall bei den U. Soz., große Unruhe und Lärm bei den Soz.) Ihr Schrei nach Gerechtigkeit ist nichts weiter als der Schrei nach dem Bürgerkrieg zum Schutze ihrer Parteinteressen.

Vizepräsident Hanfmann: Der Ausdruck „Die Mäule vom Gesicht reißen“ verfährt gegen die Ordnung des Hauses, wenn er gegen Abgeordnete gemeint ist.

Artikel 49 wird in der Fassung des allgemeinen Vertrages angenommen.

Der Antrag Kagenstein auf Streichung des Wortes „Ordnung“ wird abgelehnt.

Artikel 51 (Gegenzeichnung), Artikel 52 (Vertretung des Reichspräsidenten), Artikel 53 (Reichsregierung) werden ohne Erörterung angenommen. Die Artikel 54 und 55 werden verbunden zur Beratung gestellt. Die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen. Der Reichszentralrat und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Abg. Dr. Heinze beantragt im Artikel 55 ausdrücklich auszusprechen: Der Reichspräsident ist in der Wahl eines Reichszentralrats und der Reichsminister frei.

Abg. Koch (Dem.): Der Antrag ist überflüssig.

Die Fassung des Entwurfs wird angenommen.

Ueber den Abschnitt Reichsrat (Artikel 61 ff.) referiert Abg. Hanfmann (Dem.): Hinsichtlich Österreichs, das auch eine Stelle im Reichsrat erhalten soll, sind unsere Hoffnungen vom Frühjahr durch den gewalttätigen Reichspräsidenten, der das Selbstbestimmungsrecht verneint, vereitelt worden. Die Unabhängigen beantragen, den ganzen Abschnitt zu streichen und dafür als Artikel 61

Hildas Geheimnis.

61 Roman von Maria Linden.
„Dana gehe in Gottesnamen, erwiderte Lady Glendower lächelnd. Werden Sie nicht zu lange aus, Fräulein Walbert?“
„Freilich wandern, entfernten Hilda und Gerold sich. Sie schwebten langsam durch das kalte Städtchen. In den Hinterhöfen befanden sich große Plakate mit der Aufschrift: „Achtung! Nach wie dahergewandelt! Eine vorläufige Liste der Reiter!“ Der Reitermeister! Wohlhändig mit einem Löwenfell bedeckt, ein Menschenantlitz, eine Menschenstimmte, die aufrechte Haltung und der Gang eines Menschen! Entree erster Platz 2 Franken, zweiter Platz 1 Frank, Stiehhaf 40 Sous. Antritt Montag, den 27. August. In dem Schaupause der Wälder Hannover.“ Das Porträt der unglücklichen Missetäter war in Lebensgröße neben dem Anschlag angebracht.
„Fräulein, der Mann muß ich jeden“, rief Gerold ganz begeistert aus.
„Das ist ein armes, bedauernswertes Geschöpf, welches das größte Mitleid verdient“, entgegnete Hilda. „Ist es nicht wunderbar, daß der arme ein Gegenstand wider Reitergeißel ist? Die zweiten Menschen werden Frauen der ihm empfinden, seine unglücklichen Angehörigen schämen sich vielleicht seiner. Rein Gerold, es ist nicht edel, einen Unglücklichen als Schaustück hinzustellen.“
„Ich will den Mann nicht sehen, Fräulein“, sagt der arme Lord beschämt. „Ich habe fünf Franken, dafür will ich Frau Mortimer etwas kaufen. Frau Mortimer ist eine Kaiserin in der Halle von Hannover.“
„Was für ein Zauber“, sagte Fräulein Walbert. „Wollen wir fragen, was sie kosten?“
Gerold war damit einverstanden und sprach: „Lieber Herr, wenn Sie fünf Franken geben, dann...“

In dieser Nacht quälte Hilda ein furchtbarer Traum. Sie entfloch aus dem Hause der Madame Merbilliers und der Löwenmensch verfolgte sie, sein Gesicht hatte die Züge Henri Artois. Als er sie eingeholt hatte, schlug er sie mit einem wuchtigen Schwert seines behaarten Armes zu Boden, dann beugte er sich über sie, bohrte die Zähne fest in ihren Nacken und schälte ihr wotz, warmes Blut in langen, gierigen Hülen. Hilda schrie und schloß im Traum so quahlend, daß Fräulein Emith, die nebenan schlief, mit ihrem Schrei an die Wand klopfte und die Schläferin weckte. Hilda erwachte in Angschweiß gebadet. Das Licht des Vollmonds erhellte das Gemach bis in die fernste Ecke. Sie seufzte erleichtert und dachte: Meine Kerzen sind von den ungewohnten Einbrüden überreist. Ich werde Löwenherz, den ich so fürchte, nie wiedersehen.
Sie trank ein Glas Wasser, schritt mehrmals durch das Zimmer und lauschte auf das einschläfernde Rauschen der Wellen. Nach und nach wurde sie vollkommen ruhig. Sie dachte voller Zärtlichkeit an ihre geliebten Eltern und an Reinhold, der ihr teuer war, wie das Leben und mit seinem Namen auf den Lippen fiel sie in einen tiefen, traumlosen Schlaf, aus dem sie ersticht erwachte.

Lady Glendower hatte durch Wilfrids Klage auf einen Dampfer belegen lassen. Unter der Aufsicht dieses erprobten Mannes wurde das zahlreiche Gepäck der Reisenden verladen, dann begaben sich diese an Bord.
„Frau Gräfin“, sagte Hilda mit glänzenden Augen, „das ist das erste Schiff, das ich betrete, denn die kleinen Dampfer sind doch nicht zu rechnen. Ich freue mich recht auf diese Seereise.“
Lady Glendower lächelte nachlässig und entgegnete:
„Wie Sie das nur eine Seereise nennen können. Ich habe mit Lord Glendower zweimal eine Reise in die Erde gemacht, da kommt mir das unheimlich so vor, als wenn man über einen riesigen Meeresspiegel fährt.“

„Ich werde mich für Sie freuen“, sagte Hilda, „da ich ein solches Geschrei davon erhob, wie weit zurückgeblieben die Seereise ist.“
„Sie haben die Seereise nicht gemacht“, sagte Hilda, „da ich ein solches Geschrei davon erhob, wie weit zurückgeblieben die Seereise ist.“

fügte sie schnell hinzu, als Hilda sich in ihrer Unkenntnis auf eine Pant sehen wollte, auf der eine unerträgliche Hitze herrschte und auf die zeitweise ein Rufschrei aus dem Spornstein niederregelte. „Lebrigens schickt es sich nicht, meine Liebe“, fuhr die Gräfin fort, „daß Sie sich setzen, ehe ich Platz genommen habe. Ich nehme Ihnen das nicht übel, meine Liebe, aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, denn wenn Lady Anne Sie auf so einem kleinen Formfaher ertappt, hält sie Ihnen wieder eine lange Vorlesung.“

Lady Glendower hatte sehr leise und recht freundlich gesprochen, aber trotzdem war Hilda vor Verlegenheit und Bedrück bei ihren Worten tief errötet. Sie gab sich die größte Mühe, um derartige kleine Scherze zu vermeiden, und doch machte sie immer wieder einen. Lady Anne pflegte dann höflich zu sagen:
„Man sieht, daß Sie keine Kinderstube gehabt haben. Sie wollen ein Kind erziehen und sind selbst nicht erzogen.“

Derartige Worte empfand Hilda stets wie einen schweren Vorwurf gegen ihre guten Eltern, die so angeknüpft gearbeitet hatten, um ihre Ausbildung zu ermöglichen. Was wollte Lady Anne von den Sorgen und Entbehrungen treuer Eltern.

Hilda dankte ihrer Prinzipalin höflich für ihre Belehrung, aber ihre fröhliche Stimmung war getrübt. Ihr heimlicher Mißmut berief jedoch bald wieder. Die vielen Schiffe um sie her, die ragenden Masten, die wehenden Segel, die vielen Menschen, die sich auf dem weiten Meer zusammen drängten, alles erregte ihr Interesse.

Nun begannen die Matrosen ihren eintönigen Gesang: „Hoi! Hoi!“ und langsam wurden bei diesen Tönen die Anker gelichtet. Das Anarren der heraufgehobenen Ankerkette fiel Lady Glendower auf die Nerven. Sie hielt sich die Ohren zu und legte angründig:
„Da mich ein solches Geschrei davon erhob, wie weit zurückgeblieben die Seereise ist.“

fanden, um einem so schreienden Uebelstande abzuwehren. Dort heult eine Sturme. Zum Glück dämmert die weite Entfernung das schreckliche Geräusch. Es gibt nichts, das mir so in den Tod zuweilen ist, wie das Geul einer Sturme.“

Hilda, die in der ersten Blüte der Jugend stand, fand die Töne nicht so übel klingend, aber sie wußte, daß man einer Person, deren Drot man ist, nicht widersprechen darf und war so klug, zu schweigen.

Nach einer kurzen Pause sagte Lady Glendower: „Fräulein Walbert, Sie hätten auch den silbergrauen und den schwarzen Staubmantel nehmen sollen. Der modifizierte, den Sie tragen, hat sofort einen Rufschrei bekommen.“ „Smith“, rief sie dann mit erhobener Stimme:
„Die Kammerjungfer, die in einiger Entfernung an der Schiffsbrüstung lehnte, kam eilig herbei.“

„Welche Nummer hat Fräulein Walbert?“ fragte die Gräfin.
„36 und zwei Stern“, war die prompte Antwort.

„Gehen Sie in die Kajüte und schreiben Sie eine Karte an den „Bon Marche“, fuhr die Gräfin fort. „Bestellen Sie den silbergrauen Seidenmantel für 250 Franken und den schwarzen. Lassen Sie die Sachen der Einfachheit halber an meine Adresse gehen. Fräulein Walberts Mantel hat einen hübslichen Fleck. Sowie die Landung in Bremen ist, wird Fräulein Walbert Ihnen den verordneten Mantel senden.“

Die Kammerjungfer machte einen sehr tiefen Knicks vor Lady Glendower, und einen zweiten, etwas weniger tiefen vor Hilda. Die Letztere dachte: „Der Fleck läßt sich mit Leichtigkeit mit etwas roter Stärke entfernen. Ich kann leicht verschicken, wenn mich meine kostbare Garderobe keinen Pfennig kostet.“

Sie sprach Lady Glendower ihren Dank aus, den diese lächelnd erwiderte.

zu sagen, das jedes deutsche Land zur Ver-
waltung des Reiches mindestens 1 oder höchstens 3 Mit-
glieder bei der Regierung abordnet.

Der Antrag wird abgelehnt.
Artikel 61 bestimmt, daß zur Vertretung
der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und
Verwaltung des Deutschen Reiches ein Reichs-
rat gebildet wird.
Der Reichsrat über den Reichsrat wird ohne
weitere Erörterungen nach den Beschlüssen des
Reichstages angenommen.
Nach einer längeren Geschäftsordnungsde-
batte, in welcher Abg. Koch-Cassel (Dem.) auf
aller Seiten Widerspruch erfährt, wird schließlich
die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt.
Infolge dessen bricht Präsident Fehrenbach
die Verhandlungen ab.
Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf
Montag 2 Uhr vertagt.

Die neuen Steuern.

Auf Drängen der sozialdemokratischen Partei
und der Regierung wird die Nationalversammlung
morgen Dienstag die Beratung der großen
Steuergesetze beginnen, um die drei Ver-
mögungssteuern noch vor dem Beginn der
Sommerpause durchzuführen.

In einem der nächsten Tage wird auch das
Gesetz über die Bestätigung des Friedens-
vertrages beschlossen und dann der Beginn der
Sofortigen Räumung und die Aufhebung der
Blockade in Kraft treten.

10. deutscher Gewerkschafts- kongress.

Nürnberg, den 4. Juli.
In einfacher Abstimmung werden die Nicht-
anwesenheit der Gewerkschaften mit über-
großer Mehrheit angenommen. Auf
Antrag von Diekmann-Frankfurt a. M. findet
dann über die Richtlinien für die Wirksamkeit der
Betriebsräte und über die Entscheidung zur
Arbeitsgemeinschaft eine namentliche Ab-
stimmung statt.
Angenommen wurde noch ein Antrag von
Hilger: Der Arbeitgeber hat den Betriebsräten
erwünschten Verbindungsstellen und Auslagen in der
vollen Höhe zu ersetzen. In der Frage der Be-
triebsräte entschied sich der Gewerkschaftskongress
mit 407 gegen 192 Stimmen für die Auf-
fassung der Vorstandskonferenz.
Angenommen wurde folgender Antrag von
Hilger:

Der Kongress erklärt noch Kenntnisnahme des
Berichtes über die Betriebsräte, daß der Ent-
wurf in wichtigen Teilen nicht allen Er-
wartungen entspricht, die berechtigter-
weise an ein Gesetz über die Errichtung von
Betriebsräten gestellt werden können. Unsere
Vertreter wurden ersucht, an der Ausgestaltung
der Vorlage mitzuwirken, um ein brauchbares
Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Ar-
beitnehmer zu schaffen. Nur wenn das politische
Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen
Arbeitsangelegenheiten in der Vorlage zum
Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Ar-
beitgebervertreter erfolgen.

In der weiteren Abstimmung wird die Ent-
scheidung zur Arbeitsgemeinschaft mit 420 gegen 181 Stimmen
angenommen.

In der Nachmittagsitzung begründet Seipart
die vorgelegten Satzungen für den

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.
Es handelte sich bei der Gründung um einen sehr
alten Wunsch der Gewerkschaften. Man habe nur
auf Rücksicht auf politische Schwierigkeiten bisher
von dieser Gründung, die schon 1898 verlangt
wurde, abgesehen und es bei der losen Verbin-
dung in der Generalversammlung belassen. Nach
Beseitigung der Polizeivillfare kann nun aber zur
Gründung eines festgelegten Bundes geschritten
werden. Man habe in früherer Zeit die Bezeich-
nung „Deutscher Gewerkschaftsbund“ wählen
wollen, inzwischen haben aber die Christlichen und
die Hirsch-Dunerschen Gewerkschaften die Kühn-
heit gehabt, sich diesen Namen vorzugewöhnen.
In dem Zusammenwirken der Zentralverbände
wird nichts geändert werden. Es ist aber mehr
als bloße Namensänderung, der „Allgemeine
Gewerkschaftsbund“ wird in der beschlossenen
Verfassung den Einfluß und die Macht der
Gewerkschaften noch mehr in den
Vordergrund treten lassen als bisher. Die Selbst-

Rändigkeit der Verbände bleibt unberührt. Der
Einheitsantrag für die Statuten lautet: Die Ar-
beiter und Arbeiterinnen aller Gewerbe- und
Industrie- und Bergbau- und sonstigen wirt-
schaftlichen Interessen der beruflichen Vereinigung
der Gewerkschaften. Nur durch Kampf in den
Gewerkschaften und durch kollektive Ver-
einbarungen mit den vereinigten Unternehmen so-
wie mit den Leitungen der sozialistischen Betriebe
können die Arbeiterverhältnisse einheitlich und vor-
teilhaft geregelt werden.
Ein Antrag Diekmann verlangt, daß im
ersten Satz hinter „Gewerkschaften“ gesetzt werde
„und die Arbeiter und Betriebsräte“, ferner sollen
im zweiten Satz geschrieben werden die Worte
„nur“, „kollektiv“ und „vereinigt“.
Seipart ist der Meinung, daß dieser An-
trag keinen Zweifel lasse, daß gesagt werden solle,
die Gewerkschaften seien doch eigentlich
Arbeitervereine.

Durch diesen Abänderungsantrag werde deutlich
ausgesprochen, daß Lohn- und Arbeitsverhältnisse
nicht nur durch Kollektivverträge, sondern auch
durch Betriebsräte in den einzelnen Betrieben
erregelt werden können. Das widerspreche allen
Grundsätzen, die die Gewerkschaftsbewegung bis-
her verfolgt habe. Entweder regelt man Lohn-
und Arbeitsverhältnisse durch Gewerkschaften oder
durch die Betriebsräte. Ferner wendet sich Seipart
auch gegen einen Antrag des Bergarbeiter-Ver-
bandes, wonach alle Arbeiter, welche unter und
über Tage beschäftigt werden und Mitglied einer
Knappschaftspensionskasse sind, dem Bergarbeiter-
verband angehören müssen. Die Einheitsorgani-
sation kann uns nichts nützen. Wir müssen fest-
halten an der alten Form der Berufs- und
Industrieorganisationen. (Lebh. Zu-
stimmung.)

Es liegt eine große Anzahl von Abände-
rungsanträgen vor. Ein Antrag Seemann-
Leipzig verlangt, die Anträge einer Kommission
zur Ausarbeitung eines Entwurfs für einen
außerordentlichen Gewerkschaftskongress im nächsten
Jahre zu überweisen. Der Antrag wird abge-
lehnt. Waldhede-Rohum (Bergarbeiter)
tritt für Betriebs- an Stelle von Berufsorgani-
sationen in bestimmten Betrieben, insbesondere
im Bergbau ein. Für die Bergarbeiter bringen
die Berufsorgane namentlich jetzt nach Schaffung
der Arbeitsgemeinschaft schwere Unzuträglichkeiten.
Diekmann-Frankfurt bezieht, daß seine
Anträge dahin zielen, die Gewerkschaften durch
Arbeiter- und Betriebsräte aufzuschalten. Sie
sollen zu gute Gewerkschaftler, um nicht zu wissen,
daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch
die Gewerkschaften erfolgen müsse. Aber den
Betriebsräten werden durch die Richtlinien soziale
und wirtschaftliche Funktionen übertragen, so daß
ihnen auch Raum für Betätigung gelassen werden
müsse. Im weiteren bitte er die Anhänger der
Demokratie, in den Statuten doch auch ein klein
wenig die Demokratie zur Geltung kommen zu
lassen. Er wüßte, daß die Zeitverhältnisse sich
so entwickeln müßte, daß der Gewerkschaftskongress
schon im nächsten Jahre zusammenzutreten müsse.
Mindestens müssen aber alle zwei Jahre Gewerkschafts-
kongresse abgehalten werden. — Hed-
mann-Berlin fordert Einheitsorganisationen
für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben be-
schäftigten Arbeiter. — Siefeld-Danzig (Holz-
arbeiter) glaubt, daß ein Zusammenschluß ver-
schlechter kleinerer Organisationen erfolgen könnte,
aber die Industrie- und Berufsverbände hätten
sich noch nicht überlebt. Das Verlangen und Unter-
stützungswesen müßte unter den Verbänden ein-
heitlich geregelt werden. — Kohler-Berlin fordert
den Deutschen Eisenbahnerverband als die Einheits-
organisation für die gesamten Eisenbahnbetriebe
anzulassen. — Janzen-Düsseldorf (Zimmerer)
würde eine Zustimmung zum Antrage der Berg-
arbeiter für sehr bedauerlich halten. (Zuruf: Ganz
unmöglich!) Eine ganze Anzahl von Berufs-
arbeitern müßte beim Wechsel der Berufsstände
auch die Organisationszugehörigkeit ständig
wechseln. — Seipart wünscht, daß der Kongress
die geänderten Grundzüge der Streitfrage, ob
Betriebs- oder Berufsorganisation, endlich zur
Entscheidung bringe, damit Ruhe eintrete. Er
empfiehlt, daß der Kongress sich für die Berufs-
organisation auch weiter ausspreche. —
Dittmer-Berlin (Gemeinde- und Staats-
arbeiter): Wir haben bereits mehrere von der
Generalversammlung anerkannte Betriebsorgani-
sationen. Die Bergarbeiter wünschen sie auch.
Es muß endlich ein Ausweg gefunden werden.
Beiden Richtungen muß Rechnung getragen
werden und es ist bedauerlich, daß die General-
kommission noch keine Vermittelung gefunden
hat. — Auf Antrag Siefeld-Berlin werden
sobald die gesamten Anträge einer Kommission
zur Durchberatung und zu einer Vorlage für die
morgige Sitzung überwiegen. Auf weiteren An-

trag von Seipart und Seidel wird vom Kongress
die Entscheidung herbeigeführt, ob es bei der
bisherigen Form der Berufs- und Industrie-
organisationen bleiben soll, oder ob die Betriebs-
organisationen zugelassen werden. Nach längerer
Debatte entscheidet sich der Kongress mit 303
Stimmen dahin, daß die bisherige Form der
Berufs- und Industrieorganisationen aufrecht-
erhalten werden soll.

Schlesien und Posen. Betrachtungen zur Volksabstimmung in Oberschlesien.

Wenn man an die in Aussicht stehende Volks-
abstimmung denkt, muß man sich fragen: Wo
werden die Massen stehen? Kennern von Land
und Leuten dürfte die Verantwortung dieser
Frage nicht schwer fallen. Schwer aber der
großen, fernstehenden Masse, die zwar ein Inter-
esse am Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland
aus wirtschaftlichen Gründen hat, die aber die
Volksseele nicht ergreifen konnte.

Ganz abgesehen von wirtschaftlichen Gründen,
die ein Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland
nötig machen, muß von allem jeder Sozialist eine
Klartrennung aus menschlichen Gründen bebauern
und ihr mit allen Mitteln entgegenarbeiten, denn
Niemand kann wünschen, daß seine ober-schlesischen
Arbeitsgenossen, unter denen ja leider der Sozial-
ismus ziemlich spät Fuß gefaßt hat und auch
noch gänzlich so fest im Sattel sitzt, in die Un-
kultur Polens zurückgeworfen wird. Daß die neu-
zeitlichen Errungenschaften, die dem ober-schlesischen
Arbeiter so ziemlich im Schlafe zugefallen sind,
weil die Intelligenz der deutschen Sozialdemo-
kratie uneigennützig besonders auch für die Ober-
schlesier gearbeitet hat, diesen in einem Reaktions-
staate, in dem die Geistlichkeit die erste Geige
spielen wird, zum großen Teil verloren gehen
werden, dürfte sich erlähnen auszuführen.

Wer noch nicht weiß, wo die Masen in
Oberschlesien stehen, der hätte sich die Kreis-
namspropositionen am 29. Juni 1919 ansehen
müssen. Es ist kein Geheimnis, daß nach dem
bekannten Entsch. vom Herrn Kultusminister Hoff-
mann die kath. Geistlichkeit in Deutschland ihre
Kette fortzuschleppen sieht, während ihre Macht in
Polen zur vollen Geltung kommen kann und ihre
Prüfung sich vergrößern werden. Entsprechend
ist ja auch ihre bekannte aufgeregte Agitation, die
fast immer ein zweischneidiges Schwert ist.

Müht sich, daß die sozialdemokratische Par-
teien seit der Revolution auch in Oberschlesien
großen Anhang gewonnen haben, aber wie sieh-
es damit aus! Treue Anhänger ihrer allein
selbstmachenden Kirche bekennen sich vorüber-
gehend zur U. S. P. und zum Kommunismus,
nur weil sie mit den wirtschaftlichen Verhält-
nissen, die hier sicher besser sind als im übrigen
Deutschland, nicht zufrieden sind und weil sie
möglichst viel für sich heranzuschlagen wollen.
Große Schreier vor heute konnten vor der Revo-
lution nicht den Mund aufstun. Heute rächt man
sich eben ungestraft an jeder Regierung, die
momentan am Ruder ist und man wird auch, um
dem verhassten Preußen einen Streich zu spielen,
für Polen stimmen. Diese Leute sind nicht weit-
blickend genug, um ihr eigenes Unglück voraus-
zusehen. Erst wenn es zu spät ist werden die
nicht genögdigen aufklärten ober-schlesischen Massen
erkennen, was die deutsche Sozialdemokratie be-
zweckt und was sie in Deutschland in Bezug auf
geistige und persönliche Freiheit verloren haben.
Nur tut jetzt vor allem Aufklärung. Täglich,
bis zur Belegung durch die alliierten Truppen, muß-
ten auf den Arbeitsstellen und in Volksver-
sammlungen Propaganda für Verbleiben bei Deutsch-
land gemacht werden, wobei einträglich vor den
Gefahren, die dem Arbeiter in einem reaktio-
nären Staate drohen, gewarnt werden muß. Die
in Aussicht stehende Abänderung mit Mehrstet-
ferung an Lebensmitteln aus feindlichem Lager
wird dann vielleicht an den jetzt noch zweifelnden
Arbeitern abprallen.

In den ober-schlesischen Dörfern, die doch den
Ausgang geben werden, merkt man bisher mehr
von polnischer als von deutscher Propaganda.

Milderung des Belagerungszustandes im Regierungsbezirk Oppeln.

Die Pressestelle des Staatskommissariats teilt
mit: Das 6. Armeekorps macht bekannt:
Im Einklang mit dem Reichs- und
Staatsminister für Schlesien und Westpreußen be-
steht Biffer 6 und 7 der Verkündigung über den Be-
lagerungszustand vom 8. März 1919 für das Gebiet
des Belagerungszustandes im Regierungsbezirk Op-
peln auf. Demzufolge fallen sämtliche militärische Be-
schränkungen hinsichtlich der Polizeistunde und der

Tanzveranstaltungen fort. Die Aufhebung ist sofort den
Polizeibehörden und der Bevölkerung bekannt zu
geben.

Terror der Polen.

In Kattowitz kam es am Sonntag nachmittag
2 Uhr zu schweren Ausschreitungen bei einer Massen-
kundgebung gegen die Besetzung Oberschlesiens durch
die Armeegaler. Etwa 4000 Polen, die aus der
weiteren Umgebung zum Teil auf Leiterwagen nach
Kattowitz gekommen waren, entrißen den Frauen
und Kindern die Fahnen und schlugen damit auf
sie ein. Auch gegen die Polizeibeamten und die Sol-
daten des Grenzschutzes gingen sie gewalttätig vor.
Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde, bis mili-
tärliche Verstärkung eintraf.
Es sind eine Anzahl Tote und Verletzte zu ver-
zeichnen.

Kattowitz (Kr. Grünberg). Gründung eines
Ortsgruppen des Sozialdemokratischen Vereins.
Am Sonntag fand im Gasthof von Otto in
Kattowitz eine Volksversammlung statt. Genosse
Fuhrberg als Redner behandelte das Thema:
„Was ist Sozialismus?“ vor größter Zufrieden-
heit und unter dem Beifall der Anwesenden.
Redner wendete sich auch gegen die Geistlichkeit.
Einzelne Herren ergaben sich in Hebriden gegen
die Sozialdemokratie. Genosse Kautzke (Vogel) be-
sprach die Sozialisierung und Ansiedlung. Nach
Schluss der Versammlung wurde eine Ortsgruppe
gegründet. 29 Anwesende erklärten ihren Bei-
tritt. Als Vorsitzender wurde Mühlensbecker
Genosse Krüke, Kattowitz, gewählt.

Heidenberg. Zwei Brüder vom Ditz
erschlagen. Von einem traurigen Gesche-
nis wurde die Familie des Wirtschaftsbefizers Friedrich
Hensel in Heidenberg betroffen. Bei einem
kurzen Gewitter, das Sonntag vormittag über-
ging, saßen die beiden Söhne, der 28 Jahre alte
Bruno Hensel und der 17 Jahre alte Will Hensel,
am Tisch, als plötzlich gegen 10 1/2 Uhr ein Blitz
in den dicht am Hause stehenden Baum fuhr und
habe in die Stube überprang. Die beiden am
Tische sitzenden jungen Leute wurden dabei sofort
getötet.

Leban. Eine Geheimtatsache
großen Stils ist dieser Tage aufgedeckt worden.
Botschafter Altmann im benachbarten Wüsten-
dorf beschä eine 14 bis 16 Zentner schwere Bullen,
den er dem Kommunalverband zur Schlachtung ab-
liefern sollte. Altmann ließ jedoch kurzerhand den
Bullen am Tage vorher ganz im geheimen in seiner
Schauer schlachten. Das Fleisch wurde auf ein
Taximeter-Auto verladen und nach Görlitz ver-
schoben. Dort glückte es der Polizei, das Fleisch zu
beschlagnehmen und den Käufer sowohl wie zwei in
diese Sache verwickelte Fleischler zu verhaften. Al-
tmann selbst beschä die Unverfrorenheit, bei der Be-
hörde den Bullen als gestohlen anzugeben.

Wentzen. Morb. An einem Kampf bei
Hohenlinde wurden gestern einzelne menschliche
Körperreste (Oberkörper, Arm und Oberschenkel)
auf dem Wasser schwimmend gefunden, während
der Kopf und alle übrigen Körperreste fehlten.
Die Untersuchung hat bisher ergeben, daß es sich
um den seit zwei Wochen vermissten Kaufmann
Karolina aus Wentzen handelt. Bei den Tätern
fehlt noch jede Spur.

Wentzen. Erschossen aufgefunden.
Der in Raxt wohnende Grubenarbeiter Buttle ist
auf dem Wege von Bodel nach Raxt in der Nähe
des Johannbachs mit einer Schußwunde im
Kopf tot aufgefunden worden. Es wird ange-
nommen, daß Buttle, bei einem Einbruch über-
rascht, angeschossen worden und danach an der
Fundstelle zusammengebrochen ist.

Kreuzburg. Großer Brand. Heute früh
4 1/2 Uhr brach in dem großen Mühlenabstam-
ment der Firma Rosenhals u. Co. im Mittel-
gebäude Feuer aus. Das Feuer verbreitete sich in
kurzer Zeit auf das ganze Etablissement. Bis auf
das Wohnhaus und die beiden Stöbe, die erhalten
geblieben sind, liegt alles in Trümmern.

Wasserstands-Nachrichte 7. Juli.

Station	Stand	Veränderung
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.	1.26 1.77 5.82 2.71 5.84 2.18 1.94 5.27 -0.26 +1.90	
Wasserstände +17.2		

Augenklärer-Spezialist seit 1877 Optiker Carl, Albrechtstrasse 4.

Breslauer Schauspielhaus.

Die Freitag-Aufführung des „Dreimäderl-
chens“ vermittelte uns durch das Gaskspiel
Eurt Schoenerts vom Friedrich-Wilhelmstadi-
schen Theater in Berlin die Bekanntschaft mit
einem Künstler, dessen Leistungen bei weitem
die Erwartungen übertreffen, die man bei dem
Gedanken an einen Operntenor zu hegen
gewohnt ist. Sein Organ verfügt nicht nur
über die vom Durchschnitt mit mehr oder weniger
Geschmack ins Treffen geführte, prunkvolle hohe
Lage, sondern die nach unten eben so ergiebige
Tonreihe wirkt voll und rund, ist von latten,
beinahe baritonalem Timbre. Eine sorgfältig
gefeilte Deklamation sowie geschmackvolle Vor-
tragsmanieren verateten eine nicht alltägliche
Gelangskultur, die dem Künstler von vornherein
die Sympathien eines anspruchsvolleren Publi-
kums sichern. Ergänzend tritt zu diesem an-
gesehenen Eindruck ein charaktervolles, von be-
rechnender Pose weit entferntes Spiel; Eurt Schoen-
erts Darstellungskraft verleiht durch die vor-
nehme Art der Verwendung der charakterisieren-
den Mittel der sich ungenügend durch bloße Passivität
auszeichnenden Hauptgestalt den lebhaftesten
Anteil der Zuschauer, ohne jemals indiskret zu
werden.

Die übrigen Rollen wiesen die bekannten
und - wie der Beifall unverhohlen zu erkennen
gab - beliebten Namen unserer Operettenbühne
auf: Sella Käthy, Hellm. Gallendörfer, Ludwig
Stössel, die im Verein mit den übrigen Kräften
die ein abgerundetes Ganze sorgten.

Lobe-Theater.

„Siebele!“
Auch ohne Gast wäre Schnitzlers feines
Schauspiel mit seinen genau und sicher gezeich-
neten Charakteren, seiner glatten und selbstver-
ständlichen Sprache und dem Wirklichkeitswert des
Ganzen, eine besondere Gabe gewesen. Durch
die Mitwirkung Willy Kleinofscheggs ge-
wann freilich die Aufführung noch zum
ein Weiteres. Ueber dem Stück selbst
sind die Akten geschlossen. Wir könnten nur
wünschen, viele solcher Werke zu besitzen, deren
Handlungen nicht zwischen den Himmeln hängen,
sondern sich auf der Erde bewegen, wie in
Schnitzlers Siebele! Der so viel benutzte Stoff
vom Ehreddie, das einmal vor der Bühne des
Gefährten ausbeinanderfällt ist, hier auf besondere
Art gemischt. In wahrhaftig und übertrag
in seinem Wert vielgleichartig Geschaffenes.
Die Aufführung fand unter einem guten
Stern, Willy Kleinofscheggs Fröh hinterließ
verehelichten Eindruck. Mary Dellisch - die
allmählich Käthe hervorritt - konnte sich als
Christine an der Seite des Gastes sehr gut be-
halten. Käthe Habel-Keimers war als
Maria die Schnuppigkeit in Person. Paul
Kohmann-Heyde (Theodor) wäre es be-
gehren gelungen, Dialekt zu sprechen, und der
Violinist Gusa u. Danzmar beehrte sym-
phonisch in seiner schmucklosen, schlichten Mensch-
lichkeit.
Unsympathisch beherrschte die Musikleitung
des immer zu spät erscheinenden Musikanten.
Diese Unsympathie endet bei Sibelius nach

Thalia-Theater.

Leben überwunden hat, und Georg Schibitz als
als Großtäter guten Eindruck. - Leider war das
Haus kaum halb besetzt.
Aus aller Welt.
Amerikaner gegen Wilson. Laut N. A. C.
hielt Senator Hiram W. Johnson aus Kalifornien
in der Carnegie Hall in New York vor einer großen
Menschenmenge eine Rede, in der er unter großem
Beifall den Völkerverbund scharf verurteilte. Der
Name des Präsidenten Wilson wurde ausge-
pfiffen. Johnson griff in seiner Rede auch England
und Japan scharf an. Der Redner James
Keed sagte, der Völkerverbund sei der größte Kriegs-
trübsal, der in Zukunft zahlreiche Kriege verur-
sachen wird.
Aus Furcht vor Strafe sich selbst verbrannt.
Der Ortsarme Jacobi im Dorfe Groß-Mähringen
in der Altmark sollte zur Verantwortung ge-
zogen werden, weil er verbotswidrig für einen
Dauern eine Hinge geschlachtet hatte. Aus Furcht
vor Strafe beschloß er, Selbstmord zu begehen,
begab sich in das Gemeindehaus und legte Feuer
darauf ein. Das Gebäude brannte bis auf die
Grundmauern nieder, in den Trümmern fand
man die verkohlte Leiche des Mannes.
Die Stadt der weißen Hotels. New York
zählt mit der Eröffnung der beiden Friesenhötel
Fennhölde und Kommodore mehr Hotels
ersten und zweiten Ranges als London und
Paris zusammengekommen. Dabei waren alle
Hotels im letzten Jahre überfüllt. Man schätzt
den Fremdenverkehr im letzten Jahre auf 5400000
Personen, die 13650000 Dollars an für Reber

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Juli.

Verbilligte Lebensmittel!

Endlich sollen die Lebensmittel im Preise heruntergesetzt werden, nachdem dies lange genug von allen Arbeitern und Angestellten verlangt worden ist.

- Die verbilligten Preise betragen: für amerikanisches Weizenmehl 1/2 Pfund = 0,40 Mk. (bisher 0,95 Mk.) für amerikanische Schweinefleischergewinnung...

Diese Preise gelten für Kartoffeln vom 7. Juli 1919, für die übrigen Auslandslebensmittel vom 10. Juli an.

Die ermäßigten Preise für andere Auslandslebensmittel (Hülsenfrüchte, Reis usw.) werden demnächst bekanntgegeben.

Als ein Anfang mit dem Billigerwerden ist gemacht. Das genügt aber nicht! Es muß überall mit den Preisen abgehakt werden...

Ein Bekenntnis.

Der für die Räterepublik eintretende, den Sparta-Klassen nahe stehende Unabhängige Däumig erklärte am 1. Juli in der Volksratsitzung in Berlin was folgt:

Ich erkläre, daß, wenn statt der Minister Bauer, Wissell, sowie ihren engeren Parteigenossen die Führer der Unabhängigen Partei, Breitscheid und andere in die Regierung rüden, die Dinge auch nicht besser gehen würden...

Abgesehen vom letzten Satz sagt Herr Däumig genau dasselbe, was Genosse Böbe mehrmals in Parteiverfassungen vertreten hat. Nur daß Däumig glaubt, die Räterepublik könne die Schwere überwinden...

Von der Hand in den Mund.

Am Sonnabend abend wurde durch das städtische Pressebureau den Zeitungen mitgeteilt, daß die städtische Elektrische aus wegen Kohlenmangel am gestrigen Sonntag, und heute Montag den Betrieb völlig einstellen muß.

In der Nacht zum Sonntag müssen aber wohl wieder einige Waggon mit Kohle angelommen sein, denn die in den Sonntags-Nachmittagen abgesetzten Zeitungen angebrochenen Betriebswerke brauchen nicht in vollem Umfang einzutreten.

Schuld an dem Knappen Kohlenzufuhren soll in erster Linie der letzte Eisenbahnverkehr sein. Der Kohlenverrat bei den städtischen Betriebswerken ist schon immer knapp gewesen...

Das mag alles richtig sein, aber damit wird die Tatsache, daß wir gerade in unseren städtischen Betrieben mit unseren Kohlenvorräten von der Hand in den Mund leben, nicht aus der Welt geschafft...

Warum flucht es denn bei der Beschaffung der Hausbrandkohle? Es muß also in der Zeitang unserer Betriebswerke etwas nicht in Ordnung sein.

Wie wir hören, ist gestern Sonntag nachmittag eine städtische Kommission zum Reichskohlen-Kommissionär nach Berlin gefahren, um von diesem eine bessere Belieferung der städtischen Betriebswerke zu erreichen.

Jedenfalls muß dafür gesorgt werden, daß dieser Kohlenmangel in unseren städtischen Betrieben bald ein Ende nimmt.

Nachdem die obigen Zeilen schon gesagt waren, geht uns aus Eisenbahnerkreisen folgende Mitteilung zu, die ein bedenktliches Licht auf die Angaben des städtischen Presse-Bureaus wirft...

Als eine Unwahrheit und Aufhebung gegen die Eisenbahner muß es bezeichnet werden, wenn in einem ansehnlichen von der Zeitung der städtischen Betriebswerke inspirierten Artikel über die voraussichtliche Stilllegung der städtischen Straßenbahn am Sonntag und Montag gesagt wird...

Deshalb hiene folgendes zur Aufklärung: Das Elektrizitätswerk am Scheibenberg, die Kraftquelle der städtischen Straßenbahn, erhielt am 30. Juni (am Tage nach dem Streik) 25 Waggon Kohle...

Der Grund für die angebene Stilllegung ist in Wirklichkeit ein ganz anderer. Die Arbeiter im Elektrizitätswerk, die die Kohlen ausladen, weigern sich, die verlangten Nebenarbeiten zu machen...

Der Magistrat wird nicht unklar werden, die Angaben des Scheibener nachgeprüft. In ihrer Wichtigkeit ist wohl nicht zu zweifeln.

Sein neuer Eisenbahnverkehr.

Die Berichte von einem neuen Eisenbahnverkehr, der heute Montag seinen Anfang nehmen sollte, demgegenüber seit Freitag abend die Stadt und diesen begünstigterweise eine neue große Aufregung herbeizuführen...

Während wir so viel über die Eisenbahnverkehr hören, so ist es doch ein wenig bedauerlich, daß es nicht auch in den anderen Betrieben...

Fall eines Streiks der Werkstätten-Arbeiter das gesamte Fahrpersonal basist sorgen, den notwendigen Ausverkehr aufrecht erhalten.

Dem vermeintlich in Aussicht stehenden Eisenbahnverkehr ist es auch wohl anzuschreiben, daß gestern Sonntag ein Andrang zu den Wagen herrschte, wie ihn selbst die ältesten Eisenbahner noch nicht erlebt haben.

Der Streik der Postknechte beendet.

Am Freitag nacht 12 Uhr traten die Postknechte und Hilfsknechte in den Streik. Sonnabend früh um 4 Uhr nahmen sie auf Veranlassung des Transportarbeiter-Verbandes die Arbeit schon wieder auf...

Dreizehn freie Wohnungen.

Vom Oberpräsidenten der Provinz Schlesien sind dem Wohnungskommissar dreizehn kleine Wohnungen zur Verfügung gestellt worden, die sofort bezogen werden können.

In der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Die am Donnerstag, den 10. Juli, stattfindende, welcher zunächst über neue Stadtverordnete eingeleitet, die an die Stelle der zu Stadträten gewählten treten.

Von den zu verhandelnden Gegenständen verdient ein sozialdemokratischer Antrag Beachtung, der den Magistrat ersucht, durch einen Antrag zur Gemeindeeinkommenerhebung die Arbeitsgeber zu verpflichten...

Die Begründung für den Antrag ist kurz folgende: Durch die verpöbelte Zustellung des Steuerzettels werden die Steuern bestimmt für zwei Quartale, möglicherweise sogar für drei Quartale...

Weiter wird über einen Magistratsantrag über die Einführung eines sozialdemokratischen Wahlgesetzes berichtet. Da es gegenwärtig noch kein gesetzliches Wahlgesetz gibt, so ist die Wahl durch ein Wahlgesetz geregelt...

mit allen Händen in ihren Klubs und sonstigen Vereinen wegwerfen. Außerdem soll die Allgemeinheit benachteiligt durch den Licht- und Kohlenverbrauch...

Der sozialistische Garten hat, wie auch in andern Großstädten, die schon große Gelbpfen für ihre Gärten aufzubringen gewohnt waren...

Ein Antrag Ollendorff wünscht die Einsetzung einer gemischten Kommission, die sich unter Hinzuziehung von Sachverständigen Maßnahmen gegen die städtischen, sozialen und gesundheitlichen Gefahren der Prostitution...

Eine Anfrage an den Magistrat, welche Ausgaben vorhanden sind, dem Beschluß an Hausbrandkohle und den Anforderungen der Betriebswerke in nächster Zeit zu gewähren, ist ebenfalls eingegangen.

Dänische Eier für 1,02 Mark

gibt es gegenwärtig bei uns zu kaufen. In den Kreisen der Konsumenten ist vielfach die Ansicht vertreten, daß es sich hier um Fälschungen handelt...

Die Tatsache, daß die dänischen Eier billiger verkauft werden können als die heimischen, bringe doch den schärfsten Beweis über den unverschämten Wucher, der bei uns auch mit Eiern getrieben wird.

Das Ende der Marmelade.

Am Brotaufstrich wird nur noch eine letzte Gabe für den Monat Juli bereit werden können. Mit dieser Verteilung werden die vorhandenen Brotaufstrichmittel für das laufende Wirtschaftsjahr vollständig aufgebraucht sein.

Rischen und anderes Obst sind so knapp und teuer, daß die Frauen der unteren und mittleren Volksschichten gänzlich daran denken können, selber Marmelade einzuladen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hält morgen Dienstag, den 9. Juli, nachmittags 6 Uhr, eine wichtige Fraktionsitzung ab...

Wichtigstellung. Genosse Hugo Frey tritt als wichtiger Redner, daß seine Angriffe in der letzten Parteiverammlung sich ausschließlich nur gegen die Genossen Orling und Kollé richteten...

Die Oberstaatsanwaltschaft. Nach der vergangenen Woche schreibt der Breslauer Staatsanwaltschaft u. a.: Der Beginn der Berichtperiode brachte der Oberstaatsanwaltschaft einen neuen wichtigen Wasserwuchs...

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Die Fraktion der sozialdemokratischen Stadtverordneten hat am Freitag, den 4. Juli, eine Sitzung abgehalten...

Eingefandt.

Die hierher überlieferten wie folgenden Aufstellungen sind... Die Reklamation.

Ein Vorschlag zur Bänderung der Wohnungswirtschaft.

Die dringend notwendige Bänderung der Wohnungswirtschaft wird auch durch Beschränkungen für...

Es besteht kein Zweifel darüber, daß für die Bänderung der Wohnungswirtschaft die Not...

Mein Vorschlag geht daher dahin: 1. Es werden auf dem Grundbesitz vor dem...

2. Zur Durchführung der Bauten ist die Stadt verpflichtet, die die Räumlichkeiten leihweise...

3. Zur Beratung der städtischen Organe und zur Vertretung der Interessen der „Hauslosen“...

Dr. A. J. u. J., Pastor.

Briefkasten.

Allen Anfragen (mit Ausnahme der Anfragen von Feldpost...) wird eine Besorgung zugeführt...

- 1. Einseitigen Briefen. 2. Einseitigen Briefen. 3. Einseitigen Briefen. 4. Einseitigen Briefen. 5. Einseitigen Briefen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden und für die zahlreichen Kranzspenden...

Johann Kroker

sagen wir allen Verwandten, Kollegen und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Köhler...

Ww. Marie Kroker

nebst Kindern, Waterloostraße 10.

Real! Die Raatheit! Real!

Realitäten - Realitäten - Realitäten. 50 Realitäten zum Verkauf...

Der Schlüssel z. Geisteswelt!

Wieder eine Spiritistin. Ein neues, bisher unbekanntes Buch über die Kräfte des Geistes...

Samson und Co

Samson und Co. Möbel, Porzellan, Glaswaren. Verkauf von Möbeln...

Verrast San-Rat Dr. Kwilecki.

Eheverträge.

Geb. Mädch. 18 J., w. anst. Eheverträge. Dr. Kwilecki.

Sie juchen Ihr Recht?

Gehen Sie nach Kohlenstraße 58, 11. Dr. Kwilecki.

Strohüte

Freund & Krebs, Karlsruh. 30, nebst Postfach. Strohhüte werden umgearbeitet.

Damen-Prospekt Herren-Prospekt. Dr. Kwilecki.

Frauen

Periodenförderung. Frauen. Dr. Kwilecki.

Gummiwaren. Frauen. Dr. Kwilecki.

Frau A. Gebauer, Breslau 6, V. D. S. 11. Dr. Kwilecki.

Frauen

Periodenförderung und Weisfluß. Frauen. Dr. Kwilecki.

Hautjucken

Hautjucken (Krätze) beseitigt in 2 Tagen. Dr. Kwilecki.

Wekamenth - Dragees

Wekamenth - Dragees. Dr. Kwilecki.

Rote-Nirtensalbe

Rote-Nirtensalbe. Dr. Kwilecki.

Depot: Apotheke

Depot: Apotheke, Schweidnitzerstr. 43a. Dr. Kwilecki.

Rechtensalben

Rechtensalben. Dr. Kwilecki.

Horn-Verband

Horn-Verband. Dr. Kwilecki.

Möbel

Möbel. Dr. Kwilecki.

Wasserdampfen

Wasserdampfen. Dr. Kwilecki.

Baldene Trauringe

Baldene Trauringe. Dr. Kwilecki.

Anzuchtstoff

Anzuchtstoff. Dr. Kwilecki.

Verloren. Dr. Kwilecki.

Wichtig! Ein großer Transport. Dr. Kwilecki.

Umarbeiten v. Milit. Dr. Kwilecki.

Möbel-Reparaturen. Dr. Kwilecki.

chirurgischen Gummiwaren? Dr. Kwilecki.

Damen-Handschuh. Dr. Kwilecki.

Damen-Halbhandschuh. Dr. Kwilecki.

Kinder-Handschuh. Dr. Kwilecki.

Herren-Zwirnhandschuh. Dr. Kwilecki.

Damen-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Damen-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Herren-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Kinder-Strümpfe. Dr. Kwilecki.

Dobermann entlaufen!

vor ca. 10 Tagen, kräftig gebaut, auf den Namen „Lump“ oder „Rolf“ hörend. Dr. Kwilecki.

Schlicht, Rosßplatz 12. Dr. Kwilecki.

Judentaufen!

von Werner Sombart. Friedrich Naumann, Prof. Weber, Heldberg, Frank Wedekind, Geh. R. Prof. Eulenburg, Heinrich Mann. Dr. Kwilecki.

bisher Mk. 2.—, nur Mk. 1.—. Dr. Kwilecki.

Buchhandlung Volkswacht. Dr. Kwilecki.

Kapelle des Reichswehr-Jäger - Bataillons Nr. 8

(Freiw.-Verband von Arzon) stellt noch ein: 1 guten I. Flügelhornisten, 1 guten I. Trompeter (Solo), 1 zweiten Trompeter (Viola), 1 Baritonisten (Cello), 1 B-Tubaisten (Streichbaß), 1 ersten Waldhornisten, 1 Pauker (sämtl. Schlagzeug). Dr. Kwilecki.

Fr. Breitkopf, Musikverleger. Dr. Kwilecki.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

40 bis 50 Farmer für Braunkohle. Dr. Kwilecki.

Möbelschler

auf Schlossarbeiten, 1.80 Mk. Stundenlohn und hohe Affordabilität. Dr. Kwilecki.

Saganer Holzwool-Industrie

Abteilung: Möbel, Tschobsdorf b. Sagan. Dr. Kwilecki.

Band- und Kreisfägenshneider

Recht zu Taxifahren sofort ein. Dr. Kwilecki.

Ein jüngerer Tischlergehilfe

sofort gesucht. Dr. Kwilecki.

Ofenheizer-Gesellen

sofort gesucht. Dr. Kwilecki.

Böttcher

Recht zu Taxifahren ein. Dr. Kwilecki.

Schneider

Anprobierdamen

Größe 42, von eleganter Figur und Erscheinung. Dr. Kwilecki.

Louis Lewy jr., Ring 39/40. Dr. Kwilecki.

Weiß- oder Korsettnäherin

für meine Werkstatt gesucht. Dr. Kwilecki.

Näherinnen

auf Nähmaschinen- und Mantel-Reparaturen. Dr. Kwilecki.

Näherinnen

für alle Sorten Hemden und Schürzen. Dr. Kwilecki.

Feine Damen-Konfektion!

Beste Arbeiterin auf Balcon, 8. W. aufw., sucht. Dr. Kwilecki.

Näherinnen

für Galles, Hosen und Westen finden dauernde Beschäftigung. Dr. Kwilecki.

Maschinen-Näherinnen

finden dauernde Beschäftigung bei. Dr. Kwilecki.

Geübte Näherinnen

auf einfache Damenröcke finden sofort dauernde Beschäftigung. Dr. Kwilecki.

Lüchtige Näherinnen

in und außer dem Hause bei hohem Lohn, mit Ausweis, können sich melden. Dr. Kwilecki.

100 Näherinnen

in und außer dem Hause auf waschbare Kostümröcke bei sehr hohem Arbeitslohn sofort gesucht. Dr. Kwilecki.

Christliches Laufmädchen, 1 Lehrmädchen

für meinen elektrischen Betrieb sofort gesucht. Dr. Kwilecki.

Rebere ältere Stellmacher, Schmiede, Lackierer

f. Wagner u. Korffert. Dr. Kwilecki.

Schirmmacher

wird gesucht. Dr. Kwilecki.

Neue Existenz!

Suchen Sie Nebenberuf. Dr. Kwilecki.

